

POLICY BRIEF

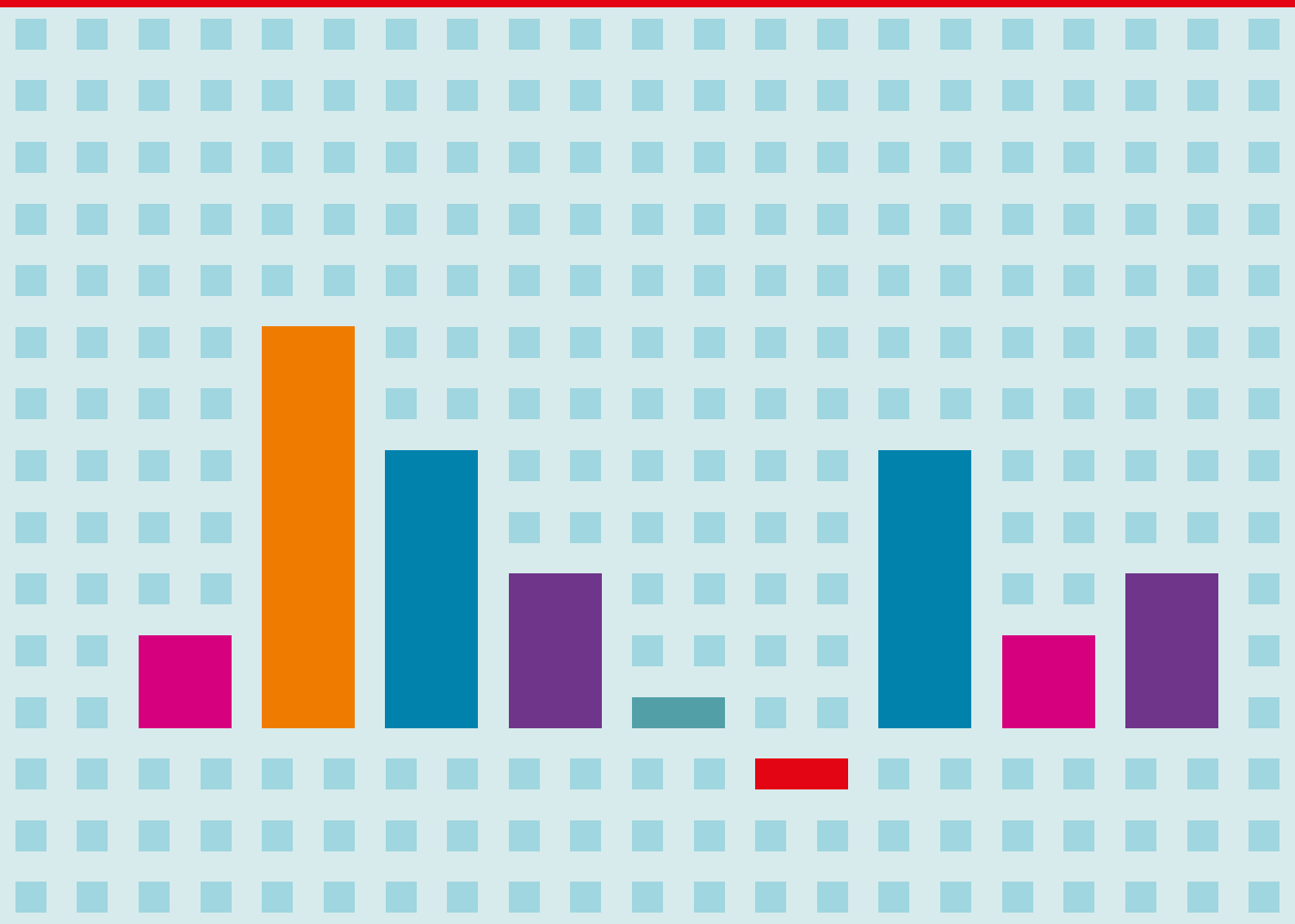
Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK Policy Brief Nr. 218 · Juli 2026

GEFÜHLTE KAUFKRAFTVERLUSTE BELASTEN PRIVATEN KONSUM UND VERTRAUEN IN DIE REGIERUNG

Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage

Jan Behringer, Lukas Endres



GEFÜHLTE KAUFKRAFTVERLUSTE BELASTEN PRIVATEN KONSUM UND VERTRAUEN IN DIE REGIERUNG

Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage

Jan Behringer¹, Lukas Endres²

Zusammenfassung

Eine Online-Umfrage des IMK zeigt, dass bei einer Mehrheit der Menschen in Deutschland zum Jahresende 2025 der Eindruck besteht, sich immer noch weniger leisten zu können als vor fünf Jahren, obwohl die inflationsbedingten Realeinkommensverluste der Jahre 2021 bis 2023 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wieder aufgeholt wurden. Diese Wahrnehmung geht mit anhaltenden Sorgen um die zukünftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten, geplanten Konsumeinschränkungen und einem geringeren Vertrauen in die Bundesregierung einher. Die Ergebnisse liefern eine mögliche Erklärung, warum sich der private Konsum trotz wiederhergestellter Realeinkommen bislang nur schwach entwickelt. Mit Blick auf den jüngsten Energiepreisanstieg infolge des Iran-Kriegs besteht zudem das Risiko, dass die gestiegenen Kraftstoffpreise die Sorgen vor einer Verschlechterung der eigenen Kaufkraft verstärken und dadurch die Konsumbereitschaft zusätzlich dämpfen.

¹ Referatsleitung Makroökonomie der Einkommensverteilung, Jan-Behringer@boeckler.de

² Referent Konsum- und Sparverhalten privater Haushalte, Lukas-Endres@boeckler.de

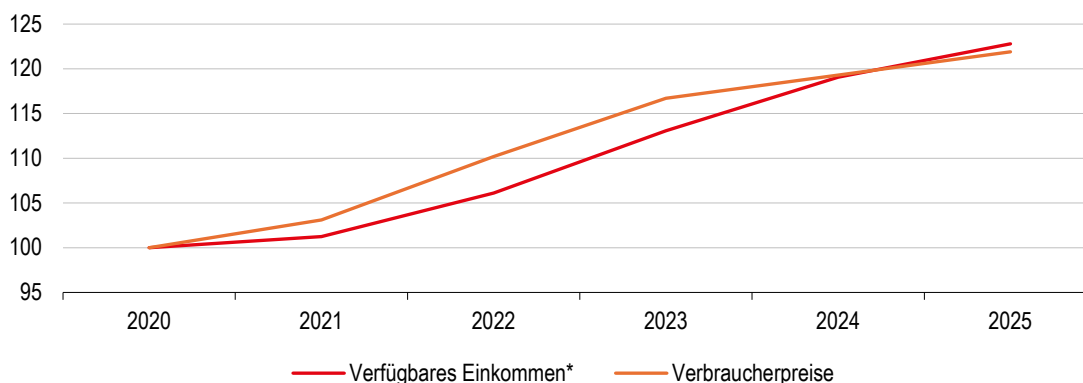
Einleitung

Die Hochinflationsphase der Jahre 2021 bis 2023 stellte die privaten Haushalte in Deutschland vor erhebliche Herausforderungen. Anhaltende Lieferengpässe nach der Corona-Pandemie, Energiepreisschocks infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie die daraus resultierenden Zweitrundeneffekte auf weitere Güter und Dienstleistungen ließen die Inflation auf historische Höchststände ansteigen. So lag der Verbraucherpreisindex zum Jahresende 2025 um 21,9 Prozent über dem Niveau von 2020 (siehe Abbildung 1).

Diese Preissteigerungen gingen zunächst mit spürbaren Einbußen bei den verfügbaren Realeinkommen einher und belasteten somit die Kaufkraft vieler Haushalte in Deutschland. Im Laufe des Jahres 2023 verbesserte sich die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte aufgrund von Tarifierhöhungen, einem höheren Mindestlohn, Rentenerhöhungen und einer abnehmenden Inflation wieder. Obwohl die Realeinkommensverluste gesamtwirtschaftlich wieder aufgeholt wurden, entwickelte sich der private Konsum jedoch schwach.³

Die Forschung zeigt, dass persönliche Erfahrungen die Wahrnehmungen, Erwartungen und wirtschaftlichen Entscheidungen von Haushalten beeinflussen (Malmendier und Nagel 2016, Malmendier und Wachter 2024). Die Inflationsphase der vergangenen Jahre könnte die Einschätzung der eigenen Kaufkraft daher nachhaltig geprägt haben. Wird die Kaufkraft infolge der Preissteigerungen als anhaltend geschwächt wahrgenommen, kann dies sowohl die Erwartungen über die zukünftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten als auch das Konsumverhalten beeinflussen (Colarieti et al. 2024). Ein besseres Verständnis dieser Zusammenhänge gewinnt auch angesichts des jüngsten Anstiegs der Energiepreise durch den Krieg im Iran an Bedeutung.

Abbildung 1: Entwicklung der Verbraucherpreise und Einkommen in Deutschland seit 2020
Index 2020=100



* Ohne Vermögenseinkommen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.



Der vorliegende Policy Brief untersucht, wie die Menschen in Deutschland die Entwicklung ihrer Kaufkraft seit der Inflationsphase nach 2020 wahrnehmen und bei welchen Konsumgütern sie die Preissteigerungen weiterhin als besonders belastend empfinden. Darüber hinaus wird analysiert, in welchem Zusammenhang die Wahrnehmung der eigenen Kaufkraft mit Sorgen um

³ Auch wenn die verfügbaren Realeinkommen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wieder aufgeholt wurden, dürften sie für einen Teil der privaten Haushalte noch unter dem Vorkrisenniveau liegen. So waren etwa die realen Bruttotariflöhne 2025 noch geringer als 2020.

die künftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten, Konsumplänen und dem Vertrauen in die Bundesregierung steht. Als Datengrundlage dient eine repräsentative Befragung der Bevölkerung in Deutschland, die im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zum Jahresende 2025 durchgeführt wurde.

Die Ergebnisse zeigen eine Diskrepanz zwischen wahrgenommener und gemessener Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen in der Bevölkerung in Deutschland. Obwohl die inflationsbedingten Realeinkommensverluste gesamtwirtschaftlich bereits 2024 wieder aufgeholt wurden, fühlt sich eine Mehrheit der Menschen zum Jahresende 2025 immer noch schlechter gestellt als vor fünf Jahren. Eine mögliche Erklärung hierfür liegt darin, dass viele Menschen die hohen Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs weiterhin als finanzielle Belastung wahrnehmen. Die gefühlten Kaufkraftverluste gehen mit größeren Sorgen um die künftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten, Plänen zur Konsumzurückhaltung und einem geringeren Vertrauen in die Bundesregierung einher. Dies deutet darauf hin, dass der Inflationsschock in der Wahrnehmung vieler Menschen noch nachwirkt und dadurch sowohl das Konsumverhalten als auch die Einstellungen gegenüber der Bundesregierung weiterhin prägt.

Umfrage zur finanziellen Situation privater Haushalte in Deutschland

Die Daten für diesen Policy Brief wurden im Rahmen einer repräsentativen Befragung von Personen im Alter von 18 bis 75 Jahren in Deutschland erhoben. Dazu wurden im Zeitraum vom 2. Oktober bis 2. November 2025 rund 7.000 Personen befragt. Die Befragung wurde als computergestützte Online-Befragung (CAWI) umgesetzt. Die Stichprobe wurde aus einem Online-Access-Panel gezogen und nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Haushaltseinkommen quotiert. Die Quotenvorgaben basieren auf dem bevölkerungsrepräsentativen Mikrozensus 2022 des Statistischen Bundesamtes. Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse die Grundgesamtheit möglichst genau abbilden, wurde die finale Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Region und Haushaltseinkommen gewichtet.

Die Stichprobe kann jedoch in nicht direkt kontrollierten Charakteristiken von der Gesamtpopulation abweichen, da die Teilnahme an Umfragen im Rahmen eines Online-Access Panels einen Internetzugang sowie die selbstständige Registrierung erfordert. In der Literatur werden mögliche Verzerrungen insbesondere in Bezug auf Einkommen, Bildung, Alter und politische Einstellungen intensiv diskutiert (Baker et al. 2010; Callegaro et al. 2014; Cornesse et al. 2020). Verzerrungen der Stichprobe hinsichtlich der politischen Präferenzen der Befragten könnten sich auch in den Einstellungen gegenüber der Bundesregierung widerspiegeln. Ein Vergleich der abgefragten Parteineigung mit der zum Befragungszeitraum aktuellen Sonntagsfrage zeigt lediglich geringe Abweichungen, die durch die Gewichtung der Stichprobe korrigiert werden.

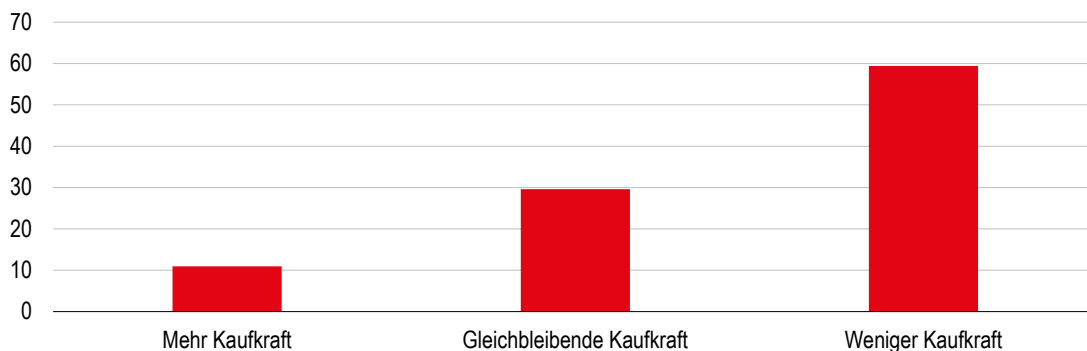
Ein weiterer Kritikpunkt an Online-Befragungen ist, dass monetäre Anreize für die Teilnahme an Umfragen mit einem erhöhten Risiko oberflächlicher oder unaufmerksamer Antworten einhergehen (Callegaro et al. 2014). Zur Sicherung der Datenqualität wurden deshalb Aufmerksamkeitstests implementiert, die bei Falschbeantwortung zum Ausschluss aus der Umfrage führten. Darüber hinaus wurden Befragungsdaten von Teilnehmenden, die durch sehr kurze Bearbeitungszeiten auffielen, in der Analyse nicht berücksichtigt.

Wahrgenommene Entwicklung der Kaufkraft privater Haushalte

Unsere Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass viele Menschen in Deutschland die Erholung der verfügbaren Realeinkommen seit 2023 zumindest nicht vollständig wahrgenommen haben. In der Umfrage wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sich ihr Haushalt heute mehr, etwa gleich viel oder weniger leisten kann als noch vor fünf Jahren. Dabei gaben nur rund 11 Prozent der Befragten an, sich heute mehr leisten zu können als vor fünf Jahren (siehe Abbildung 2). Dagegen waren knapp 60 Prozent der Meinung, dass ihr Haushalt real schlechter gestellt sei. Weitere rund 30 Prozent sahen keine wesentliche Veränderung ihres verfügbaren Realeinkommens.⁴

Abbildung 2: Wahrgenommene Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen seit 2020

Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Eine mögliche Erklärung für die pessimistische Wahrnehmung der eigenen Kaufkraft liegt in der Struktur der Preissteigerungen. Seit 2020 haben sich insbesondere Güter des täglichen Bedarfs stark verteuert. Die höchsten Preissteigerungen entfielen dabei auf Wohnenergie, Lebensmittel sowie Gaststätten- und Restaurantbesuche (siehe Tabelle 1). So lagen die Preise für Wohnenergie 2025 rund 47 Prozent über dem Niveau von 2020. Lebensmittel und Restaurantbesuche verteuerten sich jeweils um mehr als 30 Prozent. Deutlich moderater verlief die Entwicklung dagegen etwa bei Bekleidung, Freizeit oder langlebigen Konsumgütern.

Die unterschiedliche Preisentwicklung dieser Güter spiegelt sich auch in der subjektiven Belastungswahrnehmung der Menschen wider. Die Teilnehmenden wurden in der Umfrage gebeten anzugeben, inwieweit die Preisanstiege verschiedener Konsumgütergruppen ihren Haushalt finanziell belasten. Die Antwort konnte auf einer fünfstufigen Skala von „sehr schwere Belastung“ bis „keine Belastung“ gewählt werden. Besonders ausgeprägt ist das Belastungsgefühl im Bereich Wohnenergie (siehe Abbildung 3). Rund 47 Prozent der Befragten gaben an, dass die höheren Kosten für Wohnenergie derzeit eine „eher schwere“ oder „sehr schwere“ finanzielle Belastung darstellten. Auch die Preisanstiege für Lebensmittel wurden von vielen Befragten als stark belastend wahrgenommen. In diesem Bereich berichteten rund 44 Prozent von einer schweren finanziellen Belastung. Danach folgen Gaststätten- und Restaurantbesuche mit 42 Prozent.

⁴ Die Ergebnisse sind konsistent mit der Consumer Expectations Survey (CES) der Europäischen Zentralbank für elf europäische Länder. Dabei gaben im Herbst 2024 rund 63 Prozent der Befragten an, dass das verfügbare Realeinkommen ihres Haushalts in den vergangenen zwölf Monaten gesunken sei; im Herbst 2023 lag dieser Anteil sogar bei rund 79 Prozent (Baumann et al. 2025).

Tabelle 1: Entwicklung der Preise nach Gütergruppen

Index 2020=100

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Verbraucherpreisindex	100,0	103,1	110,2	116,7	119,3	121,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u. Ä.	100,0	103,2	114,1	127,3	130,4	133,9
Bekleidung und Schuhe	100,0	101,5	102,3	106,1	109,3	110,2
Wohnen und Wohnungsinstandhaltung	100,0	101,5	103,6	106,4	109,0	111,6
Wohnenergie	100,0	102,6	136,1	155,1	150,3	146,9
Möbel, Haushaltsgeräte etc.	100,0	102,7	110,5	117,6	118,0	118,0
Verkehr und Mobilität	100,0	107,7	120,0	123,6	124,8	127,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	100,0	102,8	107,0	112,5	114,1	115,0
Gaststätten- und Restaurantbesuche	100,0	102,9	110,6	119,8	127,9	133,0
Reisen und Tourismus*	100,0	101,8	107,4	115,7	118,1	123,5

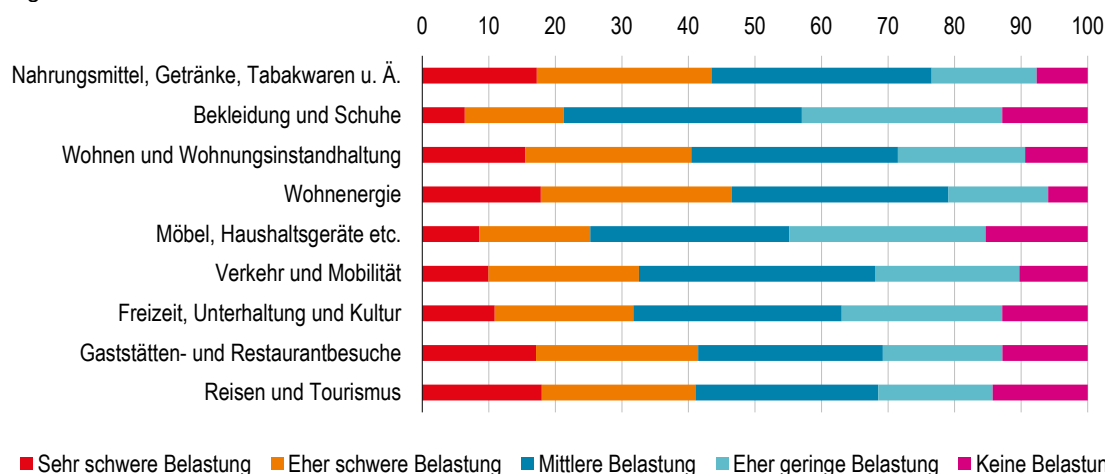
* Personenbeförderung, Pauschalreisen und Übernachtungen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.



Abbildung 3: Finanzielle Belastung infolge steigender Preise nach Gütergruppen

Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Wohnenergie, Lebensmittel und Restaurantbesuche gehören zu den Gütern des täglichen Bedarfs und werden von den Menschen mit hoher Frequenz nachgefragt. Preissteigerungen in diesen Bereichen sind daher besonders sichtbar und dürften die Wahrnehmung der eigenen Kaufkraft überproportional stark beeinflussen (Georganas et al. 2014, D'Acunto et al. 2021). Dies könnte erklären, warum viele Menschen ihre wirtschaftliche Lage negativer einschätzen, als es die tatsächliche Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen nahelegt.

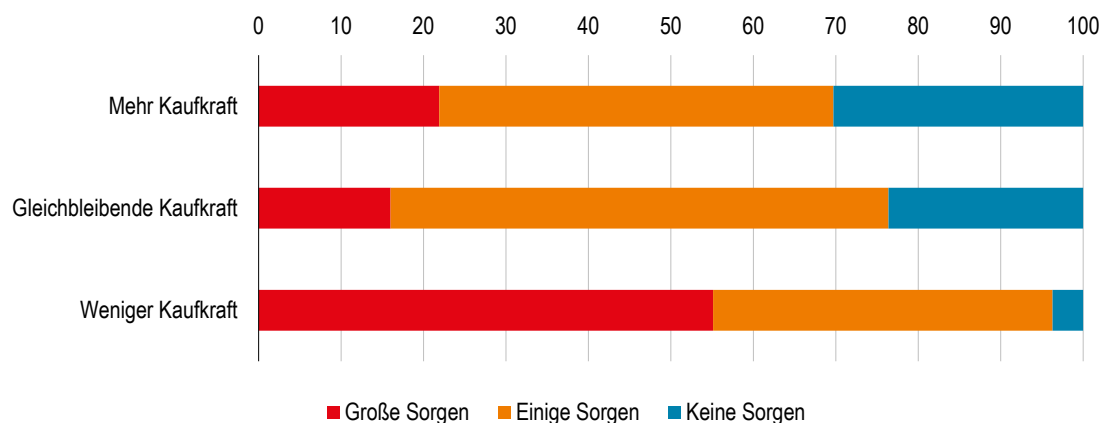
Sorgen um die Entwicklung der Lebenshaltungskosten

Beeinflusst die Wahrnehmung der Realeinkommensentwicklung in den vergangenen Jahren die Erwartungen der Menschen hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Lebenshaltungskosten? Wir haben die Teilnehmenden der Umfrage danach gefragt, inwieweit sie sich um die Entwicklung der Lebenshaltungskosten Sorgen machen. Dabei konnten sie zwischen den Antwortoptionen „große Sorgen“, „einige Sorgen“ und „keine Sorgen“ wählen.

Die Ergebnisse zeigen einen engen Zusammenhang zwischen wahrgenommenen Änderungen der eigenen Kaufkraft und Sorgen um die zukünftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten (siehe Abbildung 4).⁵ Unter den Befragten, die antworteten, sich zum Zeitpunkt der Umfrage weniger leisten zu können als vor fünf Jahren, äußerten rund 55 Prozent große Sorgen um die weitere Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Unter denjenigen, die ihre Kaufkraft als stabil bzw. verbessert wahrnahmen, fällt dieser Anteil mit 16 bzw. 22 Prozent hingegen deutlich geringer aus.

Abbildung 4: Wahrgenommene Einkommensentwicklung und Sorgen um Entwicklung der Lebenshaltungskosten

Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Erfahrungen der vergangenen Inflationsphase die Erwartungen vieler Menschen nachhaltig geprägt haben. Obwohl sich die Inflationsdynamik in Deutschland vor dem Beginn des Iran-Kriegs abgeschwächt hatte und die verfügbaren Realeinkommen wieder auf dem Niveau von 2020 lagen, sorgen sich große Teile der Bevölkerung weiterhin um die zukünftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Besonders stark ausgeprägt sind diese Sorgen bei den vielen Menschen, die sich weiterhin real schlechter gestellt fühlen als vor fünf Jahren.

⁵ Die aus der Abbildung ersichtlichen Unterschiede bei den Sorgen um die Entwicklung der Lebenshaltungskosten sind auch statistisch signifikant, wenn für Alter, Geschlecht, Haushaltseinkommen, Haushaltgröße, Erwerbsstatus, Bildungsgrad, finanzielle Reserven und Parteipräferenzen kontrolliert wird.

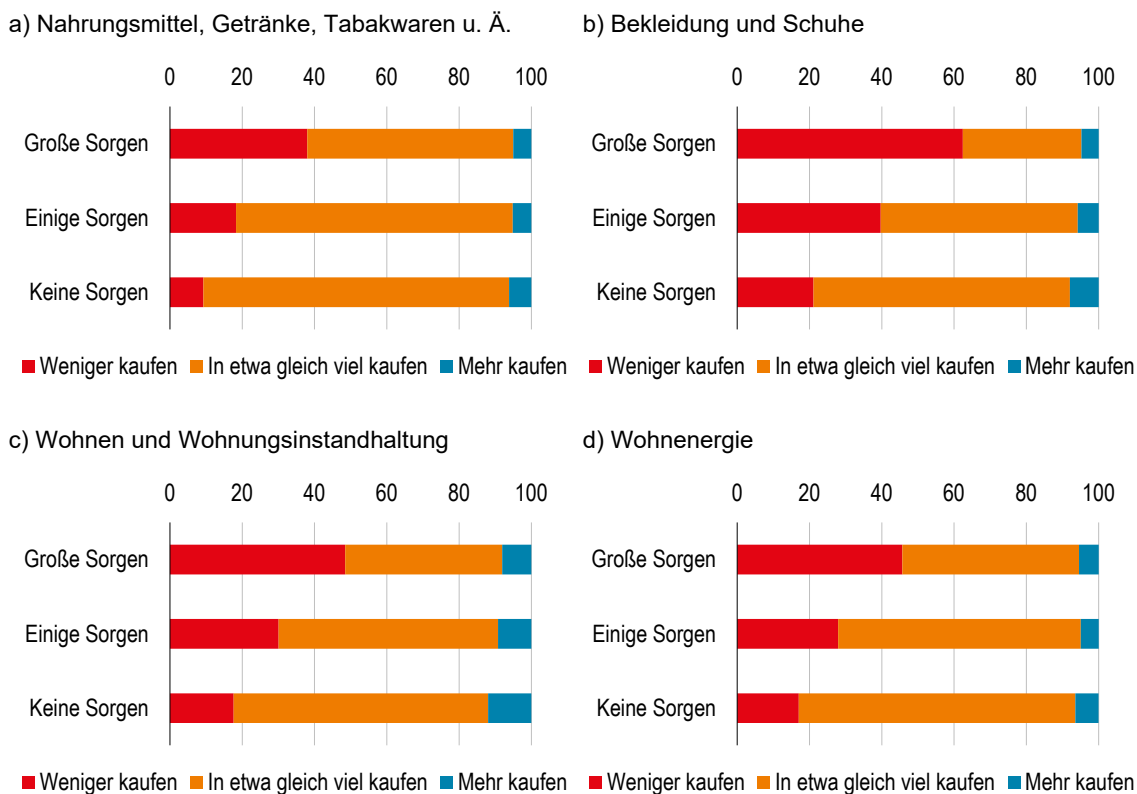
Geplante Änderungen im Konsumverhalten

Große Sorgen um die zukünftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten könnten dazu führen, dass Haushalte ihre Konsumausgaben einschränken, um weitere Preissteigerungen abfedern zu können und finanzielle Spielräume zu sichern. Die Teilnehmenden an der Umfrage wurden gefragt, inwieweit sie planen, in den kommenden zwölf Monaten ihren Konsum von Gütern und Dienstleistungen zu ändern. Dabei konnten sie zwischen den Antworten „mehr kaufen“, „in etwa gleich viel kaufen“ und „weniger kaufen“ wählen.⁶ Damit lässt sich untersuchen, in welchem Zusammenhang die Sorgen um die Entwicklung der Lebenshaltungskosten mit den Konsumplänen der Menschen stehen.

Folgende Konsumbereiche wurden dabei in Anlehnung an die Laufende Wirtschaftsrechnung (LWR) abgefragt: a) Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Ähnliches; b) Bekleidung und Schuhe; c) Wohnen und Wohnungsinstandhaltung; d) Wohnenergie; e) Möbel, Haushaltsgeräte etc.; f) Verkehr und Mobilität; g) Freizeit, Unterhaltung und Kultur; h) Gaststätten- und Restaurantbesuche; i) Reisen und Tourismus.

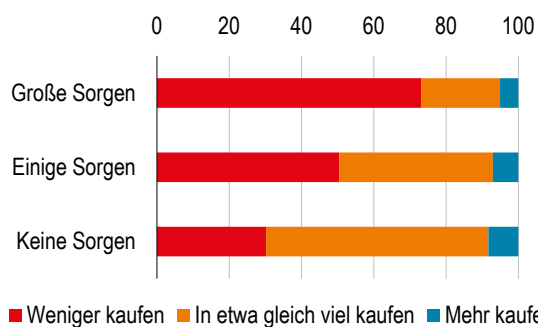
Abbildung 5: Sorgen um Entwicklung der Lebenshaltungskosten und geplante Änderungen im Konsumverhalten

Angaben in %

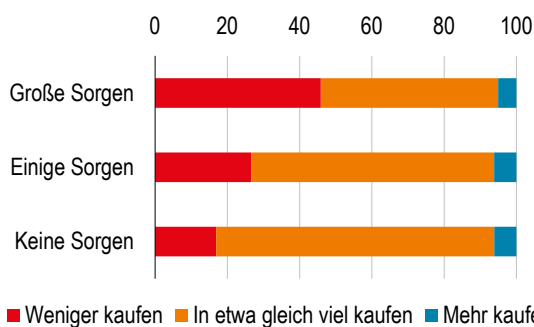


⁶ In der Umfrage wurde den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, bei einer geplanten Reduktion bzw. Erhöhung diese weiter in „etwas weniger bzw. mehr kaufen“ und „bedeutend weniger bzw. mehr kaufen“ zu differenzieren. Für die Darstellung wurden die Antworten zu den Kategorien „weniger kaufen“ und „mehr kaufen“ aggregiert.

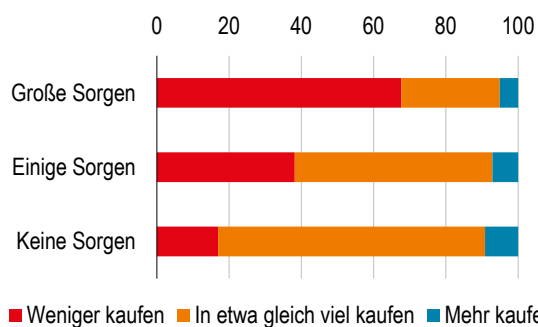
e) Möbel, Haushaltsgeräte etc.



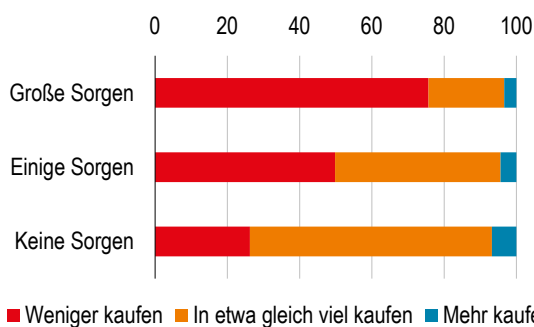
f) Verkehr und Mobilität



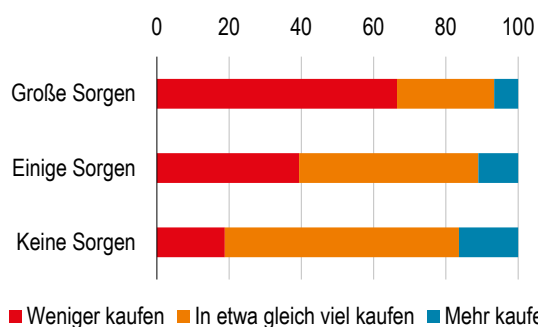
g) Freizeit, Unterhaltung und Kultur



h) Gaststätten- und Restaurantbesuche



i) Reisen und Tourismus



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Aus den Umfragedaten geht hervor, dass ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland zum Jahresende 2025, also noch vor dem Iran-Krieg, plante, den Konsum von Gütern und Dienstleistungen im kommenden Jahr einzuschränken. Dabei äußerten Befragte mit großen Sorgen um die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in allen abgefragten Konsumbereichen deutlich häufiger Pläne zur Konsumzurückhaltung als Befragte mit einigen oder keinen Sorgen (siehe Abbildung 5). Besonders ausgeprägt sind diese Unterschiede in den Kategorien Freizeit, Unterhaltung und Kultur (68 Prozent vs. 38 Prozent vs. 17 Prozent), Gaststätten- und Restaurantbesuche (76 Prozent vs. 50 Prozent vs. 26 Prozent), Reisen und Tourismus (67 Prozent vs. 39 Prozent vs. 19 Prozent), Möbel und Haushaltsgeräte (73 Prozent vs. 51 Prozent vs. 30 Prozent) sowie Bekleidung und Schuhe (62 Prozent vs. 40 Prozent vs. 21 Prozent).⁷

⁷ Die aus den Abbildungen ersichtlichen Unterschiede bei den Konsumkategorien sind auch statistisch signifikant, wenn für Alter, Geschlecht, Haushaltseinkommen, Haushaltsgröße, Erwerbsstatus, Bildungsgrad und finanzielle Reserven kontrolliert wird.

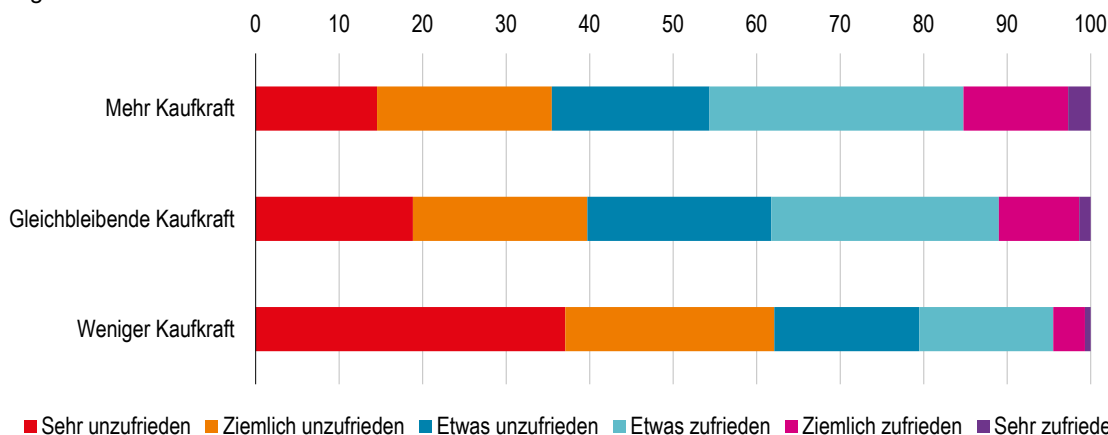
Die Ergebnisse zeigen, dass viele Menschen Konsumeinschränkungen in diesem Jahr planen, insbesondere wenn sie sehr besorgt um die Entwicklung der Lebenshaltungskosten waren. Auffällig ist dabei, dass die geplanten Einschränkungen vor allem Konsumbereiche betreffen, in denen sich Ausgaben vergleichsweise leicht reduzieren oder aufschieben lassen. Dies spricht dafür, dass die geplanten Konsumeinschränkungen primär eine vorsichtige Konsumplanung aufgrund von Verunsicherung widerspiegeln und weniger die Folge fortbestehender Kaufkraftverluste sind. Die Ergebnisse liefern damit eine mögliche Erklärung, warum sich der private Konsum trotz gesamtwirtschaftlich wiederhergestellter Realeinkommen relativ schwach entwickelt. Sollte die Verunsicherung vieler Haushalte anhalten, könnte dies die binnenwirtschaftliche Nachfrage und damit die konjunkturelle Erholung 2026 weiter bremsen. Durch den Krieg im Iran und den damit einhergehenden starken Anstieg der Energiepreise besteht zudem das Risiko, dass die Preissteigerungen bei Kraftstoffen als einem für viele Menschen besonders sichtbaren Gut die Wahrnehmung der eigenen Kaufkraft verschlechtern und dadurch zusätzliche Konsumeinschränkungen auslösen könnten.

Gesellschaftliche Folgen wahrgenommener Kaufkraftverluste

Obwohl sich die verfügbaren Realeinkommen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wieder erholt haben, hält sich bei vielen Menschen in Deutschland der Eindruck, sich heute weniger leisten zu können als vor den starken Preissteigerungen der vergangenen Jahre. Wenn Menschen ihre eigene Kaufkraft als nachhaltig geschwächt wahrnehmen, könnte sich dies auch auf ihr Verhältnis zu Staat und Politik auswirken. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Zusammenhang wahrgenommene Änderungen der eigenen Kaufkraft mit der Zufriedenheit mit der Bundesregierung sowie dem Vertrauen in die Bundesregierung stehen.

Die Teilnehmenden der Umfrage wurden gefragt, wie zufrieden sie mit den gegenwärtigen Leistungen der Bundesregierung sind. Die Antwort konnte auf einer sechsstufigen Skala von „sehr zufrieden“ bis „sehr unzufrieden“ angegeben werden. Abbildung 6 zeigt die Antwortanteile nach der wahrgenommenen Realeinkommensentwicklung. Generell ist auffällig, dass die Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung in allen Gruppen sehr gering ist. Hierbei zeigen sich deutliche Unterschiede in der Zufriedenheit je nach wahrgenommener Realeinkommensentwicklung. So gaben knapp 80 Prozent der Befragten mit wahrgenommenen Kaufkraftverlusten an, unzufrieden mit den Leistungen der Bundesregierung zu sein. Unter den Befragten, die ihre Kaufkraft als stabil bzw. verbessert wahrnehmen, fällt dieser Anteil mit 62 bzw. 54 Prozent deutlich geringer aus.

Abbildung 6: Wahrgenommene Einkommensentwicklung und Zufriedenheit mit der Bundesregierung
Angaben in %

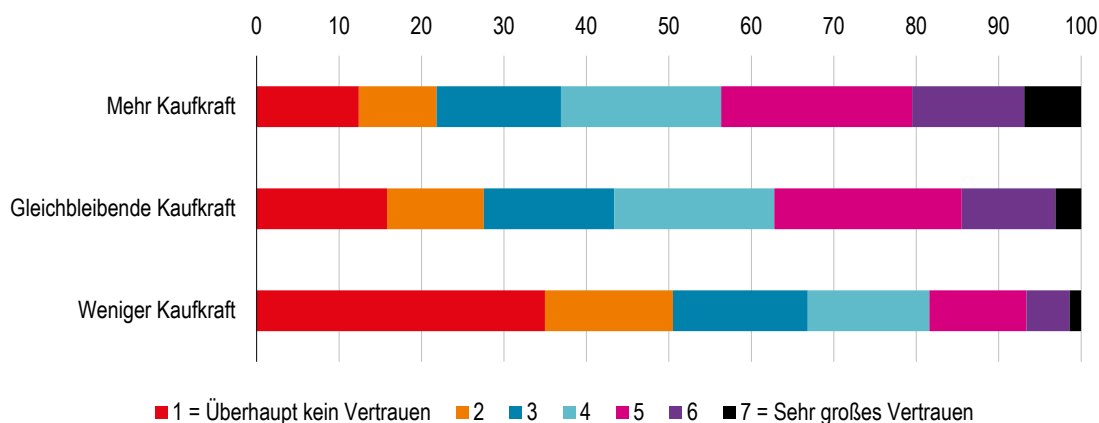


Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Zudem wurden die Teilnehmenden gefragt, wie groß das Vertrauen ist, das sie der Bundesregierung entgegenbringen. Die Antwort konnte auf einer siebenstufigen Skala von „überhaupt kein Vertrauen“ bis „sehr großes Vertrauen“ gewählt werden. Abbildung 7 zeigt die Antwortanteile nach der wahrgenommenen Realeinkommensentwicklung. Das Vertrauen in die Bundesregierung fällt allgemein sehr gering aus. Dabei zeigen sich erneut deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen mit unterschiedlicher wahrgenommener Realeinkommensentwicklung. Rund 35 Prozent der Befragten mit wahrgenommenen Kaufkraftverlusten gaben an, überhaupt kein Vertrauen in die Bundesregierung zu haben. Unter den Befragten, die ihre Kaufkraft als stabil bzw. verbessert wahrnehmen, liegt dieser Anteil mit 16 bzw. 12 Prozent deutlich niedriger.⁸

Abbildung 7: Wahrgenommene Einkommensentwicklung und Vertrauen in die Bundesregierung
Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



⁸ Die aus den Abbildungen ersichtlichen Unterschiede bei der Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung und dem Vertrauen in die Bundesregierung sind auch statistisch signifikant, wenn für Alter, Geschlecht, Haushaltseinkommen, Haushaltsgröße, Erwerbsstatus, Bildungsgrad, finanzielle Reserven und Parteipräferenzen kontrolliert wird.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die anhaltende Wahrnehmung von Kaufkraftverlusten durch die gestiegenen Preise der vergangenen Jahre bereits vor dem jüngsten Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs mit einem schwindenden Vertrauen in den Staat und die Bundesregierung einhergeht. Vor diesem Hintergrund erscheint es besonders wichtig, die wirtschaftlichen Folgen des erneuten Energiepreisanstiegs wirksam zu begrenzen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Preisanstiege bei vielen Menschen den Eindruck verstärken, sich weniger leisten zu können, und damit das ohnehin geringe Vertrauen in die Bundesregierung weiter geschwächt wird.

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen eine Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen und deren Wahrnehmung in der Bevölkerung in Deutschland. Obwohl die inflationsbedingten Realeinkommensverluste gesamtwirtschaftlich bereits 2024 wieder aufgeholt wurden, fühlt sich eine Mehrheit der Menschen zum Jahresende 2025 immer noch schlechter gestellt als vor fünf Jahren. Die wahrgenommenen Kaufkraftverluste gehen mit anhaltenden Sorgen um die zukünftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten, geplanten Konsumeinschränkungen und einem geringeren Vertrauen in die Bundesregierung einher. Dies legt nahe, dass der Inflationsschock in der Wahrnehmung vieler Menschen noch nicht überwunden ist und sich weiterhin in Konsumententscheidungen sowie in der Bewertung der Bundesregierung niederschlägt.

Aus wirtschaftspolitischer Perspektive unterstreichen unsere Ergebnisse die Bedeutung frühzeitiger und gezielter Maßnahmen zur Begrenzung starker Preissteigerungen, insbesondere bei Gütern des täglichen Bedarfs, die regelmäßig gekauft werden und dadurch für die Wahrnehmung der eigenen Kaufkraft besonders relevant sind. Preisdämpfende Maßnahmen wie Energiepreisminderungen oder eine Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel könnten daher nicht nur kurzfristige finanzielle Belastungen der Menschen abmildern, sondern auch dazu beitragen, Verunsicherung und Konsumzurückhaltung zu begrenzen. Mit Blick auf den erneuten Preisschub infolge des Iran-Kriegs gewinnt dies zusätzlich an Bedeutung. Zwar wirkt sich der Anstieg der Energiepreise anders als nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs nur moderat auf die allgemeine Inflationsrate aus (Tober, 2026). Allerdings sind insbesondere steigende Kraftstoffpreise für viele Menschen unmittelbar sichtbar und könnten dadurch die Sorge vor einer Verschlechterung der eigenen Kaufkraft verstärken.

Literaturverzeichnis

- Baker, R. / Blumberg, S. J. / Brick, J. M. / Couper, M. P. / Courtright, M. / Dennis, J. M. / Dillman, D. / Frankel, M. R. / Garland, P. / Groves, R. M. / Kennedy, C. / Krosnick, J. / Lavrakas, P. J. / Lee, S. / Link, M. / Pekarski, L. / Rao, K. / Thomas, R. K. / Zahs, D. (2010): Research Synthesis. AAPOR Report on Online Panels. In: Public Opinion Quarterly, Jg. 74, H. 4, S. 711-781.
- Baumann, A. / Caprari, L. / Kocharkov, G. / Kouvavas, O. (2025): Are real incomes increasing or not? Household perceptions and their role for consumption. In: ECB Economic Bulletin, H. 1, S. 44-48.

- Callegaro, M. / Villar, A. / Yeager, D. / Krosnick, J. A. (2014): A critical review of studies investigating the quality of data obtained with online panels based on probability and nonprobability samples. In: Callegaro, M. / Baker, R. / Bethlehem, J. / Göritz, A. S. / Krosnick, J. A. / Lavrakas, P. J. (Hrsg.): *Online Panel Research: A Data Quality Perspective*. UK: John Wiley & Sons, S. 23-53.
- Colarieti, R. / Mei, P. / Stantcheva, S. (2024): The How and Why of Household Reactions to Income Shocks. NBER Working Paper Nr. 32191.
- Cornesse, C. / Blom, A. G. / Dutwin, D. / Krosnick, J. A. / Leeuw, E. D. de / Legleye, S. / Pasek, J. / Pennay, D. / Phillips, B. / Sakshaug, J. W. / Struminskaya, B. / Wenz, A. (2020): A Review of Conceptual Approaches and Empirical Evidence on Probability and Nonprobability Sample Survey Research. In: *Journal of Survey Statistics and Methodology*, Jg. 8, H. 1, S. 4-26.
- D'Acunto, F. / Malmendier, U. / Ospina, J. / Weber, M. (2021): Exposure to Grocery Prices and Inflation Expectations. In: *Journal of Political Economy*, Jg. 129, H. 5, S. 1615-1639.
- Georganas, S. / Healy, P. J. / Li, N. (2014): Frequency bias in consumers' perceptions of inflation: An experimental study. In: *European Economic Review*, Jg. 67, S. 144-158.
- Malmendier, U. / Nagel, S. (2016): Learning from Inflation Experiences. In: *Quarterly Journal of Economics*, Jg. 131, H. 1, S. 53-87.
- Malmendier, U. / Wachter, J. (2024): Memory of Past Experience and Economic Decisions. In: Kahana, M. J. / Wagner, A. D. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Human Memory, Two Volume Pack: Foundations and Applications*. Oxford University Press, S. 2228-2266.
- Tober, S. (2026): IMK Inflationsmonitor – Kraftstoffpreise treiben deutsch Inflation im April 2026 auf 2,9%. IMK Policy Brief Nr. 216.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
